

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 3

Artikel: Bürgerinitiative und Sozialdemokratie
Autor: Schediwy, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347523>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bürgerinitiative und Sozialdemokratie

Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bürgerinitiative ist zurzeit auch hierzulande ein sehr aktuelles und daher der Diskussion würdiges Problem. Man denke nur an die Atomkraftwerk-Gegner, die sich unter der Fahne der Bürgerinitiative zusammengefunden haben.

Der nachfolgende Beitrag stammt aus der Feder eines Mitarbeiters der sozialdemokratischen Zeitschrift «Die Zukunft» (Organ der SPÖ). Die Betrachtungen von Robert Schediwy wurden somit zunächst aus der Sicht unseres Nachbarlandes angestellt. Da sie grundsätzlicher Natur sind, lassen sie sich ohne Mühe auf unser Land übertragen.

Sind die bei uns wirksam werdenden Bürgerinitiativen ein Indiz dafür, dass sich die SPS zum Beispiel zu wenig um Fragen der Energiepolitik und die ökologischen Aspekte gekümmert hat? Denn an sich müsste «Sozialdemokratie und Bürgerinitiative» kein Gegensatz sein. Verwiesen wird hier auf den vorstehenden Artikel von Tony Tschudi über die Forderung nach «Demokratisierung in allen Lebensbereichen». Nach der Meinung des Wiener Bürgermeisters Graz hätte denn auch die Sozialdemokratische Partei die grösste Bürgerinitiative zu sein. *Red.*

Bürgerinitiativen sind heute ein vielbeachteter und heftig umstrittener Faktor der Kommunal- und Regionalpolitik. Sieht man von der Frage der Atom- und sonstigen Kraftwerksbauten ab, die vornehmlich die Bewohner des ländlichen Raumes zu aktivieren scheinen, liegt der Schwerpunkt der Bürgeraktivitäten eher in den Städten. Das typische Bild der Bürgerinitiative ist das um einen konkreten Anlassfall entstandene, von Bildungshonoratioren der Mittel- und Oberschicht lose zusammengehaltene Komitee zur Verteidigung der «Lebensqualität» eines Wohnviertels gegen negativ empfundene Eingriffe öffentlicher Planung (Brücken- oder Stadtautobahnbau), privater oder öffentlicher Bautätigkeit (Hochhäuser, Verbauung bisher ungenützter Grünreserven) oder Immissionen von Betrieben. Die üblichen Aktionsformen von Bürgerinitiativen durchbrechen die Tradition des etablierten Parteien- und Verbändestaates. Statt sich der Intervention bestehender Gremien und Organisationen zu bedienen, suchen die Bürgerkomitees eher den Kontakt zur Kommerzpresse oder versuchen in «direkter Aktion», etwa mit Sitzstreiks oder Grundstücksbesetzungen nach dem Muster der ausserparlamentarischen Opposition, die Öffentlichkeit zu erreichen. Wo es formalisierte Verfahren der direkten Demokratie gibt, haben Bürgerinitiativen zudem über Unterschriftensammlungen die Möglichkeit, Entscheidungsprozesse in Gang zu setzen, die die etablierten Institutionen der Repräsentativdemokratie umgehen.

Soweit das in der Fachliteratur vielfach beschriebene Bild der Bürgerinitiative, wie es in ganz Westeuropa seit Ende der sechziger Jahre im

Vordringen begriffen ist. Als Spielformen neben der vorherrschenden «unpolitischen» mittelständischen Bürgerinitiative manifestieren sich Aktionen anarchistischer oder linker Randgruppen nach Art der Wiener Arenabesetzung oder Pseudobürgerinitiativen bestehender Parteien oder Verbände, die sich den in der Öffentlichkeit eher positiv bewerteten Begriff zunutze machen wollen. Die illegale Baumpflanzungsaktion eines hohen ÖVP-Mandatars auf den Wiener Scala-Gründen fällt etwa unter diese Kategorie simulierter Bürgerinitiativen, scheint aber umfragemässig in ihrer Augenblickspopularität abgestützt gewesen zu sein.

Wegen ihrer zunehmenden internationalen Bedeutung, aber auch wegen ihrer grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Implikationen verdienen es die Bürgerinitiativen, seitens der österreichischen Sozialdemokratie ernst genommen und leidenschaftslos analysiert zu werden – zumal in einem Zeitpunkt, da eine Überarbeitung des Parteiprogrammes im Gespräch ist und eine Aktualisierung und Konkretisierung der sozialdemokratischen Position zu den Phänomenen der heutigen Gesellschaft erfordert.

Kurzsichtige Abwehr?

Leider bestehen allerdings manche Anzeichen dafür, dass die Sozialdemokratie in ihrer Auseinandersetzung mit den Fragen der Bürgerinitiativen, aber auch der direkten Demokratie das Opfer kurzsichtiger Ressentiments und oberflächlicher Abwehrreaktionen werden könnte. Die strukturelle Schwerpunktbildung von Bürgerinitiativen in den industriellen Ballungsräumen schafft nämlich einen automatischen Gegensatz zu der gerade in diesen Gebieten meist jahrzehntelang dominierenden kommunalen Sozialdemokratie.

Der zuweilen wirklich destruktive Abwehrkampf örtlicher Interessengemeinschaften gegen kommunale Planungsvorhaben irritiert bisher relativ unangefochtene kommunalpolitische Eliten. Dazu kommt, dass die Kommerzpresse und die bürgerlichen Konkurrenzparteien sehr häufig sich an populäre Forderungen von Bürgerinitiativen «anhängen» und diese für sich und gegen die kommunale Sozialdemokratie auszunützen versuchen. Eine aus der politischen Augenblickssituation resultierende defensive und ressentimentgeladene Haltung führender Schichten der Sozialdemokratie wäre also nicht unverständlich. Dazu kommen noch einige ideologische Gründe, die die Sozialdemokratie kurzschlüssig dazu bringen könnten, gegenüber Bürgerinitiativen ein Verdammungsurteil zu fällen und sich somit gesellschaftlich fortschrittlichen Tendenzen zu entfremden. Zum einen werden die bedrohten zentralen Entscheidungsinteressen sozialdemokratischer Planer durch ideelle Restbestände des zentralistischen Marxschen Planungscredos überhöht (das freilich schon Bakunin ahnungsvoll kritisierte). Zum anderen findet eine ursprünglich egalitäre, auf die Milderung oder Abschaffung von Klassenschranken orientierte

politische Bewegung schwerer einen Ansatzpunkt zur Integration spezifisch lokal orientierter Interessen, als das konservativere Parteien tun: denn lokale, regionale oder auch nationale Interessenaggregation war wegen ihres Klassengegensätze verdeckenden Charakters immer schon eher ein Spezifikum der politischen Rechten als universalistisch orientierter Arbeiter- und sozialer Reformparteien. Daneben entspricht auch noch die lose, honoratiorenklubartige und sich weithin als «unpolitisch» verstehende Struktur vieler Bürgerinitiativen eher den Organisationsprinzipien bürgerlicher Parteien als den strafferen und bürokratisierteren Strukturen, die die Arbeiterbewegung in ihrer «Kampfzeit» allerorts aufgebaut hat.

Schliesslich galt – wenigstens bis in die jüngere Vergangenheit –, dass die Sozialdemokratie danach strebte, die gesamte Lebenssphäre der ihr Nahestehenden organisationsmässig zu umgreifen: neben der konkret politischen und wirtschaftlichen Erfassung in Partei und Gewerkschaft etwa auch den Freizeitbereich mit Sport-, Erziehungs-, Wander-, Verkehrs- und Kleingärtenvereinen und so weiter. Gegenüber diesem in Rudimenten noch existierenden Ausschliesslichkeitsanspruch müssen «unpolitische» Bürgerinitiativen automatisch als Konkurrenz erscheinen (etwa wenn es um die Organisierung eines Abenteuerplatzes geht und der lokalen Familienorganisation der Partei nicht von vornherein eine Führungsrolle eingeräumt wird). Es gibt also viele gewichtige Gründe, die die Sozialdemokratie in eine voreilige Frontstellung gegen Bürgerinitiativen treiben könnten. Bedauerlich an einer solchen Entwicklung wäre freilich, dass damit tieferliegende Schichten grundsätzlicher Konvergenz zwischen den traditionellen Zielen der Sozialdemokratie und denen vieler Bürgerinitiativen verschüttet würden, ja dass die Gefahr entstünde, dass die Sozialdemokratie zum Teil ihre Rolle als Bahnbrecher gesellschaftlichen Fortschrittes einbüßen könnte.

Allgemeine Lebensqualität gegen Kapitalverwertungsinteressen

Wollte man die traditionellen Grundwerte der europäischen Sozialdemokratie auf eine kurze Formel bringen, so forderte sie stets ein menschenwürdiges Leben für alle. Sie hat sich darum um die wirtschaftliche Besserstellung der arbeitenden Menschen bemüht, um die soziale Sicherung vor Krankheit und Not, um die Reduktion der Arbeitszeit, um ein gesundes Wohnen in ansprechender Umgebung. Sie hat zudem politisch das allgemeine Wahlrecht erkämpft und somit einen wesentlichen Schritt zur Demokratisierung unserer Gesellschaft getan. In allen diesen Fällen hat sie den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gegen kurzfristige und sehr partikuläre Interessen von Oberschichten und Kapitalverwertungsinteressen zum Durchbruch verholfen. Die Sozialdemokratie kann also in Anspruch nehmen, traditionell in grundsätzlicher und auf die Allgemeinheit bezogener Weise die Anliegen der Lebensqualität und der De-

mokratisierung vertreten zu haben. Gerade unter diesem Gesichtspunkt bestehen aber wesentliche Parallelen zu vielen Bürgerinitiativen, die zwar von grundsätzlich lokalen Interessenkonstellationen ausgehen, aber sehr häufig verallgemeinerungsfähige Interessen repräsentieren und nicht zuletzt daher auch recht breite Sympathien in der Bevölkerung genießen. Die Forderung nach Erhaltung oder Vermehrung von Grünland in den Kerngebieten der Städte, das Verlangen nach Einschränkungen oder Verboten von Hochhausbauten, das Streben nach der Erhaltung von historischen oder einfach «gemütlichen» alten Stadtvierteln, der Wunsch nach Kinderspielflächen, die Opposition gegen Stadtautobahnen zugunsten einer Ausweitung des öffentlichen Verkehrs, alle diese Anliegen sind grundsätzlich metaökonomisch gegen spekulative Interessen der Kapitalverwertung gerichtet und zentrieren in der Forderung nach mehr öffentlichen Gütern. Sie konvergieren viel eher mit den grundsätzlichen Zielen der Sozialdemokratie als mit jenen mancher politischer Gegner, die kurzfristig mit dem populären Strom mitschwimmen und ihn nützen wollen.

Untersuchungsbedürftig ist allerdings, wieso diese gesellschaftspolitisch fortschrittlichen und durchaus verbreiteten Interessen in unserem gegenwärtigen Parteien- und Verbändesystem bisher nur sporadisch und da eher auf der bürgerlichen Seite integrierbar sind und wieso sie manchen Politikern und Administratoren geradezu als chaotische Bedrohung der Repräsentativdemokratie erscheinen. Auf die politischen Reibungsflächen zumal mit der kommunalen Sozialdemokratie wurde hier schon verwiesen. Daneben haben in den letzten Jahren eine Reihe von deutschen Sozialwissenschaftlern vornehmlich um Habermas und Offe in grundsätzlicher Weise Gewicht auf die Legitimationsprobleme des modernen kapitalistischen Staates gelegt, der mit seinen wachsenden Planungsfunktionen auch in bisher private Sphären seiner Mitbürger zunehmend administrativ eingreift.¹ Diese Eingriffe können immer weniger repräsentativdemokratisch legitimiert werden, zumal die etablierten Parteien von oben nach unten organisiert sind und etwa örtliche Parteiorganisationen nicht selten bloss als «Marketingabteilungen» der lokalen Kommunalverwaltung (Nassmacher) fungieren. Eine Diskussion dieses sehr vielschichtigen Themas ist in engem Rahmen nicht möglich, wiewohl festzustellen wäre, dass in manchen Arbeiten auch systemtheoretisch arbeitender Gelehrter das «spätkapitalistische» System ohne ausgearbeitete Alternativen unterschwellig diffamiert wird und sein «Legitimationsdefizit» (etwa auch im – von den Autoren eher ausgeklammerten – Vergleich zu den kommunistischen Diktaturen) überbewertet wird. Tatsache dürfte aber sein, dass gewisse Legitimationsprobleme existieren, dass Planungen auch repräsentativdemokratisch kompetenter Organe von den konkret Betroffenen

¹ Vgl. I. Habermas: «Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus», Frankfurt a. M. 1973; C. Offe: «Strukturprobleme des kapitalistischen Staates», Frankfurt a. M. 1972.

«unten» als Werk von «denen da oben» empfunden werden, gegen die man sich in den traditionellen Verbänden und Parteien nicht, eher aber durch Appell an die Massenmedien und durch spektakuläre Bürgerinitiativen zur Wehr setzen zu können meint.

Rezept Demokratisierung

Das Gegenargument der Planer ist der Hinweis auf den oft chaotischen Negativismus, den ungenierten Egoismus der Bürgerinitiativen. Unter Mitwirkung der Betroffenen verstehen jene oft Kampf gegen die Autobahn hier (statt dessen lieber durch die Nachbargemeinde), gegen die Verbauung der eigenen schönen Aussicht usw. Die repräsentativdemokratisch legitimierte Autorität beruft sich dagegen – zuweilen etwas missbräuchlich, das heisst mit schiefen Alternativen – auf das Gesamtinteresse, spielt Arbeiterwohnbauten gegen Schrebergärtner aus, rasche Verkehrsverbindungen gegen Brückenanrainer, die Schaffung von Arbeitsplätzen gegen Immissionsgeschädigte usw. Daneben lassen sich nicht selten auch kapitalverwertungsinteressierte Hintermänner von Bürgerinitiativen aufdecken, die Nichtrepräsentativität der lautstark vertretenen Bürgerinteressen offenlegen, und nicht zuletzt diskreditieren sich manche Bürgerinitiativen auch dadurch, dass sie gegen Sozialeinrichtungen wie Behindertenheime und dergleichen auftreten. Aber diese an sich richtigen Hinweise auf die Verpflichtung zur komplexen gemeinwohlorientierten Planung haben einen Schönheitsfehler: der zuweilen recht glaubwürdige Anspruch der Bürgerinitiativen, das «Volk» gegen «die da oben» zu vertreten, bezeugt eine gewisse Abhebung der politisch-wirtschaftlichen Führungsschicht gegenüber der Basis der Bevölkerung. Und diese Abhebung ist potentiell politisch gefährlich, gerade für Sozialdemokraten – auch wenn sie gekoppelt ist mit wohlmeinender und von der Bevölkerung geschätzter Arbeit in Sozialpartnerinstitutionen, in der Gemeinde, im Staat. Im Endeffekt ergibt sich die Perspektive eines sozialdemokratischen Josephinismus. Und manche kommunale Wahlergebnisse des In- und Auslandes haben gezeigt, dass dieser zuweilen auch an der Wahlurne scheitert, nicht zuletzt deshalb, weil die sozialdemokratischen Kernschichten der Arbeiterschaft durch mobile Wählerschichten der Angestelltenkultur zurückgedrängt werden. (Englische Beispiele, aber auch Berlin und Hamburg zeigen etwa, wie rasch heute kommunale «rote Hochburgen» ins Wanken kommen können.)

Als logisches und fortschrittliches Gegenrezept gegen die negativen Aspekte von Bürgerinitiativen und zugleich besserer Garant der kommunalpolitischen Führungsrolle der Sozialdemokratie als die ephemere Beliebtheit einzelner Spitzenpolitiker bietet sich daher wohl nur eines an: erweiterte Partizipation und Demokratisierung. Partizipation freilich nicht im Sinne zeremonieller Mitentscheidung der Betroffenen über das Unvermeidliche: sondern im Sinne echter Offenheit der Verwaltung für sinnvolle

Impulse «von unten». Erhöhte Attraktivität der örtlichen Parteien und Verbände wiederum ist nur möglich, wenn die Bevölkerung ihnen in Sachfragen echte Durchsetzungsmöglichkeiten nach oben zu zutraut. Und letztlich eines: gegenüber den partikulären Interessen von Bürgerinitiativen dürfte sich das wahre Gemeinwohl in Volksbefragungen (selbst bei oft festgestellter niedriger Wahlbeteiligung) und in der repräsentativen Meinungsumfrage vermutlich deutlich abzeichnen. Bei aller demagogischen Manipulationsmöglichkeit plebiszitärer Entscheidungsmechanismen ist zudem sogar anzunehmen, dass sie als Gemeinwohlindikatoren gewissen, durch Lobbies beeinflussten Entscheidungen «im kleinen Kreis» überlegen sind. Direkte lokale Demokratie würde etwa heute in einer Vielzahl von Materien, beim Verbot von Hochhausbauten, bei der Schaffung von Grünflächen und so weiter wohl radikalere und richtigere Entscheidungen setzen als die selbst von Kapitalverwertungsinteressen durchgesetzten Gemeindeverwaltungen, sie würde aber auch dem angemassen Volksvertretungsanspruch negativistischer Bürgerinitiativen (zum Beispiel Antibrückeninitiativen) eine unwiderlegbare Absage erteilen. (Freilich dürfte sich die Stadtverwaltung bei lokalen Referenden nicht einseitig und potentiell «selbstmörderisch» plebiszitär exponieren, sondern müsste eine gewisse Neutralität wahren.) Gerade in einer immer komplexer werdenden Welt erhält so direkte Demokratie die Funktion, dem erhöhten Legitimationsbedarf des politischen Systems zu entsprechen und dabei den Ansprüchen einer insgesamt zunehmend gebildeten und interessierten Bevölkerung entgegenzukommen. Demokratisierung steht etwa nicht zufällig mit Sozialpartnerschaft in der Bewertung politischer Begriffe durch die österreichische Bevölkerung an vorderster Stelle.

Sicherlich ist zuzugeben, dass eine Einholung der zunehmenden Komplexität unserer Gesellschaft durch transparente Demokratie kaum möglich ist, dass das Ausmass und die Undurchschaubarkeit administrativer Verfügungen die Tendenz haben, sich auszudehnen, dass in dieser Situation letztlich unkontrollierte demoskopische Demokratie potentiell chaotisch und destabilisierend wirken könnte. Gerade die Kommunalpolitik mit ihren konkret umgrenzten und relativ anschaulichen Problemen eignet sich aber vorzüglich zur Erweiterung demokratischer Mitbestimmung. Wer Demokratisierung nicht nur verspricht, sondern auch praktisch durchzusetzen unternimmt, dürfte hier auch als Partei einen Popularitätsbonus kassieren. Und während in der Wirtschaftspolitik durch gebremstes Wachstum und Einsicht in die Preis-Lohn-Spirale die Aktionsmöglichkeiten beschränkt sind, während in der Sozialpolitik Steuerwiderstände und explodierende Kosten bald Grenzen setzen dürften, bietet Demokratisierung gerade im gesellschaftlichen Nahbereich ein offenes, weites Feld fortschrittlicher Politik. Zurzeit – man muss es mit Bedauern sagen – scheinen bürgerliche Gruppierungen auf diesem Feld zuweilen mutiger zu agieren als die Sozialdemokratie. Und gewisse ver-

gangene kommunalpolitische Niederlagen dürften auf solches partielles Zurückbleiben der Sozialdemokratie zurückzuführen sein. Um so wesentlicher erscheint es daher, dass in der programmpolitischen Diskussion die Ausweitung lokaler, direkter Demokratie als Methode der Fruchtbarmachung, aber auch der demokratischen Zurückweisung von Bürgerinitiativen gebührende Beachtung erhält. Um so entscheidender ist es aber auch, dass in der politischen Praxis der Sozialdemokratie jenen Anliegen urbaner Lebensqualität, die Bürgerinitiativen mit Recht volksnah fordern, auch zu Lasten kurzfristiger parteinaher Wirtschaftsinteressen oder von Interessen des Parteiapparates vorrangige Bedeutung zukommt. Dass sich etwa in zwei beachtenswerten Fällen, bei der alten Markthalle in Wien-Neubau und bei der Neugestaltung des Fünfhauser Red-Star-Platzes, die Wiener Stadtverwaltung für eine Ausgestaltung als Grünfläche und gegen die Verbauung wertvoller Grundstücke entschieden hat, ist hier bereits ein ermutigendes Zeichen. Die nicht immer ganz freiwillige Rücksichtnahme auf Volksmeinung und Bürgerinitiativen mag in diesem und anderen Fällen als sinnvolles Korrektiv fungieren, das die Sozialdemokratie zur weiteren Durchsetzung ihrer alten Ideale anspornt.

Literaturhinweise

- 1 Überblick BRD: Axel Werner: «Bürgerinitiativen – Versuch einer Bestandesaufnahme theoretischer Positionen und empirischer Befunde», in: H.-G. Wehling (Hrsg.), «Kommunalpolitik», Hamburg 1975, S. 254 ff. und die dort angeführte Literatur.
- 2 Österreich: a) Maren Seelinger: «Bürgerinitiativen in Österreich.» International Congress IFHP (International Federation for Housing and Planning), Kopenhagen 1973, Papers and Proceedings, Bd. 2, S. 683 ff. – b) Karl Kubinzky: «Bürgerinitiativen in Graz», Graz 1975 (Umfrageerhebung IMUD).